

Terminvorschau

vom 16. bis 22. März 1981

Montag, 16. 3.

Fraktionsvorstandssitzung der SPD
(Beginn: 11.00 Uhr)

Sportausschuß (Beginn: 13.00 Uhr)
Haushaltsmittel für Luftsport
Blei- und Arsengehalt im Belag von Sportplätzen
Förderung des Behindertensports

Dienstag, 17. 3.

Fraktionssitzungen der SPD und CDU
(Beginn: 10.00 Uhr)

Petitionsausschuß (Beginn: 13.00 Uhr)

Mittwoch, 18. 3

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Donnerstag, 19. 3.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Freitag, 20. 3.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

14 Millionen Mark für Restaurierung von Kirchen im Land

Insgesamt 14 Millionen Mark sollen aus den Denkmalschutzmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr für Restaurierungsarbeiten an evangelischen und katholischen Kirchen ausgegeben werden. Das ist fast ein Drittel der für den Denkmalschutz vorgesehenen Mittel, erklärte der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel (SPD), in Köln. Die Restaurierung katholischer Kirchen soll mit 11,5 Millionen Mark und die Erhaltung evangelischer Kirchen mit 3,1 Millionen Mark gefördert werden. Mit 5,455 Millionen Mark erhält das Erzbistum Köln den größten Anteil der Mittel. Davon sind allein für Restaurierungsmaßnahmen am Kölner Dom 1,2 Millionen Mark vorgesehen, während es im Vorjahr 945 000 Mark waren. Das Bistum Aachen soll mit 865 000 Mark unterstützt werden.

Gericht: ZVS-Verfahren nicht verfassungswidrig

Das ZVS-Verfahren, Bewerber für einen Studienplatz in Human-, Tier- und Zahnmedizin nach dem Bestehen eines Testverfahrens zum Studium zuzulassen, ist nicht verfassungswidrig. Diese Grundsatzzentscheidung traf das Oberverwaltungsgericht Münster. Die einstweiligen Anordnungen zur vorläufigen Zuteilung eines Studienplatzes hatten Abiturienten gestellt, die fünf bis sieben Jahre auf eine Zulassung gewartet hatten und nach der alten Regelung vor dem Wintersemester 1980/81 auch berücksichtigt worden wären. Die Richter begründeten diese Entscheidung mit dem Hinweis, daß die Bewerber spätestens seit Erlaß des Hochschulrahmengesetzes im Januar 1976 nicht mehr darauf vertrauen dürften, nach Ablauf der Wartefrist auf jeden Fall einen Studienplatz im Fach Medizin zu bekommen (AZ: 16 B 1818/80).

Porträt der Woche

Ob als Gewerkschaftler, Kommunalpolitiker oder als Landtagsabgeordneter – Rudolf Apostel suchte bisher stets nach dem rechten Maß für das politisch Machbare. Der bei der letzten Wahl im Mai 1980 direkt im Wahlkreis Wesel IV gewählte SPD-Landtagsabgeordnete schätzt keine „großen Sprüche“, sondern bemüht sich selber um klare Antworten auf drängende Fragen. So empfiehlt er beispielsweise seinen Parteifreunden, angesichts der knapper werdenden Finanzmittel immer darauf zu achten, „daß unser soziales Engagement uns die Augen nicht davor verschließt, daß das Geld erst verdient werden muß, bevor es als Steuern zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben genutzt werden kann“. Diesen Realitätssinn hat sich der heute 48jährige schon in Jugendjahren erworben. Zum Kriegsende gerade die Volksschule absolviert, verdiente sich der gebürtige Essener zunächst seinen Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, bevor er dann 1949 als Berglehrling seinen beruflichen Weg antrat. Die weiteren Stationen: Hauer, Bergschule, Steiger und seit 1974 Stabsingenieur. Aus eigener Erfahrung kennt denn auch das aktive Mitglied der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie die Sorgen der Kumpel im Pütt wie die Probleme des Bergbaus. Behutsamkeit („und keine Sprüche“) gilt auch für Rudolf Apostel in der Frage der künftigen Energieversorgung. Zwar ist er ein Verfechter der von der Düsseldorfer Landesregierung verfolgten Kohle-Vorrang-Politik, doch schließt er gleichzeitig auch den begrenzten Ausbau der Kernenergie nicht aus. Allerdings müßten Aufbereitung bzw. Lagerung der Brennelemente gesichert sein. Die Kernenergie hält der SPD-Abgeordnete dort von Nutzen, wo sie über den Weg der Kohleveredelung die Bundesrepublik von den Ölimporten unabhängiger macht. Ehrlichkeit in der Politik bedeutet für den Sozialdemokraten auch, auf die „handfesten Nachteile“ der Kohle-Vorrang-Politik hinzuweisen, auf die nicht unerhebliche Umweltbelastung, auf Bergehalden und Bergbauschäden. In die SPD trat Rudolf Apostel 1967 ein, zwei Jahre später wurde er in den Rat der damals noch selbständigen Industriegemeinde Rheinkamp gewählt. Nach ihrem Zusammenschluß 1975 mit Moers berief ihn die dortige



Rudolf Apostel (SPD)

SPD-Ratsfraktion zu ihrem Vorsitzenden. Seitdem sind die Sanierung alter Baubestände, wie Bergarbeitersiedlungen, und die Erschließung neuen Baugeländes in der weiträumigen niederrheinischen Stadt am Rande des Reviers zwei Schwerpunkte des SPD-Kommunalpolitikers. Der Landtagsabgeordnete drängte sich nicht nach dem Düsseldorfer Mandat, doch als man es ihm anbot, sagte er ein uneingeschränktes Ja. Als langjähriges Ratsmitglied hatte er erfahren, daß die Kommunalpolitik durch die Entscheidungen des Landtages geprägt wird. So möchte der SPD-Abgeordnete zum einen die Erfahrungen in die gesetzgeberische Arbeit des Landesplenums einbringen und zum anderen dessen Verständnis für die Kommunalpolitik verstärken.

Mit Erfolg bemühte sich der Landtagsneuling, von seiner Fraktion in den wichtigen Wirtschaftsausschuß berufen zu werden, „weil Wirtschaft und Politik nicht voneinander zu lösen sind“. Dort wiederum findet die Energiepolitik das größte Interesse des Abgeordneten. Sie ist nach seiner Ansicht eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung wirtschaftlicher Probleme. Außerdem gehört Rudolf Apostel als stellv. Mitglied dem Ausschuß für Grubensicherheit an. Angenehm überrascht ist der Sozialdemokrat von der schnellen kollegialen Zusammenarbeit mit seinen Fraktionsfreunden. „Das hab' ich schwieriger eingeschätzt.“ Dem Familienvater von vier (fast) erwachsenen Kindern macht das politische Mitgestalten-Können viel Freude. „Daher stellt sich die Frage der Freizeit für mich nicht.“ Und er kann dabei auch mit dem Verständnis seiner Ehefrau rechnen – sie ist Moerser Kreisratsabgeordnete. Jochen Juretko